



HESSISCHER LANDTAG

14. 06. 2016

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Finanzierung der Bundesfernstraßen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Zustand der Bundesfernstraßen im Transitland Hessen unbefriedigend ist und erhebliche Bedarfe zur Sanierung sowie zum Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen in Hessen bestehen.
2. Der Landtag stellt fest, dass laut Verkehrsprognosen die Auslastung der Bundesfernstraßen in den nächsten Jahrzehnten weiter deutlich steigen wird und viele hessische Bundesfernstraßen bereits an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen sind oder diese absehbar überschreiten werden. So sagt das Bundesverkehrsministerium für den Güterverkehr auf der Straße bis zum Jahr 2030 einen Zuwachs von 39 % vorher. Der Personenverkehr auf der Straße soll um 10 % wachsen. Schon aufgrund seiner geografischen Lage wird Hessen überproportional von diesem zunehmenden Verkehrsaufkommen betroffen sein.
3. Der Landtag stellt fest, dass der vom Bundesverkehrsministerium vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2030 unzureichend ist, um die bestehenden Verkehrsprobleme in Hessen zu lösen. So wird im BVWP für 13 hessische Straßenbaumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von knapp 1,3 Mrd. € der Bedarf mit Planungsrecht festgestellt, aber keine Realisierung bis 2030 in Aussicht gestellt. Für weitere 60 Straßenbaumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 4 Mrd. €, dabei handelt es sich insbesondere um Ortsumfahrungen bestehender Bundesstraßen, wird ebenfalls der Bedarf festgestellt, ohne dass eine Realisierungschance bis 2030 ermöglicht wird.
4. Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, die Strukturen der Verkehrswegeplanung und -finanzierung im Bereich der Bundesfernstraßen neu zu organisieren. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Bund dahin gehend zu unterstützen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Steuerung und Koordinierung von Bundesfernstraßenprojekten hinsichtlich der Planung, Bauausführung, Unterhaltung und Finanzierung effizienter erfolgt. Dazu gehört insbesondere die Durchfinanzierung von Bauprojekten einschließlich der Sicherstellung der notwendigen Mittel für die Planung.
6. Dabei sollen verstärkt Modelle im Sinne Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) zum Tragen kommen, um schneller notwendige Investitionsmittel aktivieren sowie bei Planung, Bau, Betrieb und Erhaltung privatwirtschaftliche einbeziehen zu können. Die ÖPP-Pilotprojekte (A-Modelle) im Bereich der Bundesautobahnen haben, u.a. weil sie schnell und vorfristig realisiert werden konnten, zu einer positiven Bewertung von Bund und Ländern geführt.
7. Der Landtag stellt fest, dass Hessen mit einem von aktuell 23 realisierten oder avisierten ÖPP-Projekten im Bundesvergleich deutlich unterrepräsentiert ist.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund darauf hinzuwirken, dass in Hessen verstärkt ÖPP-Projekte zur Realisierung unterfinanzierter Aus- und Neubaumaßnahmen im Bereich der Bundesautobahnen umgesetzt werden, um dem massiven Investitionsstau bei den hessischen Bundesfernstraßen zu begegnen. Insbesondere die Fertigstellung der

A 49 mit den Abschnitten Schwalmstadt bis Stadtallendorf und Stadtallendorf bis Gemeinden/Felda sowie der Ausbau der A 3 mit den hoch belasteten Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Hanau bis zum Wiesbadener Kreuz sowie die A 5 mit den Abschnitten Westkreuz Frankfurt bis zur Anschlussstelle Friedberg sind dafür geeignet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Juni 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch